

VCD-Stellungnahme zum Koalitionsvertrag 2013

Nach wochenlangen zähen Verhandlungen haben sich Union und SPD auf einen Koalitionsvertrag geeinigt, der mehr Wünsche enthält als konkrete Maßnahmen für eine umwelt- und sozialverträgliche Mobilität. Von nachhaltiger und zukunftsgerichteter Gestaltung der Verkehrspolitik keine Spur, so die Kritik des ökologischen Verkehrsclubs VCD.

Positive Ansätze gibt es nur vereinzelt, zum Beispiel das Bekenntnis zum Erhalt und Ausbau vor Neubau der Infrastruktur sowie zum **Deutschland-Takt bei der Bahn**, der die Grundlage für eine zukunftsfähige Infrastrukturplanung Schiene stellt. Begrüßenswert ist zudem die Entscheidung zur Ausdehnung der **Lkw-Maut auf alle Bundesstraßen**, auch wenn die Maut für alle Lkw auf allen Straßen das Ziel sein muss.

Doch damit erschöpfen sich die Potenziale für Deutschlands Zukunft im Verkehrsbereich für die Große Koalition. Im Koalitionsvertrag wird die Unterfinanzierung der Infrastruktur weitgehend vernachlässigt. Statt realistischer Lösungen für die Instandhaltung der Verkehrswege schrieben CDU/CSU sowie SPD mit der vorgesehenen **Pkw-Maut** für deutsche und ausländische Autofahrende reine Populismusfloskeln nieder. Ein rechtlich akzeptabler Weg für die Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland ist bis heute nicht zu erkennen.

Zentrale Herausforderungen der Verkehrspolitik fehlen in dem Grundlagenpapier der Regierung vollständig. Das Thema **Energiewende im Verkehr findet nicht statt.** Der Bereich „Luftverkehr“ klingt wie von der Luftverkehrsindustrie selbst geschrieben. Positiv sieht der VCD zwar die Beibehaltung der **Luftverkehrsteuer**. Ohne die Abgabe wäre die Zementierung der Ungleichbehandlung der Verkehrsträger vollständig gewesen. Ein mutiger Schritt zur steuerlichen Gleichbehandlung der Verkehrsträger wurde aber nicht gegangen. Auch beim Thema Lärm wird wieder mit zweierlei Maß gemessen. Während bei der Bahn konkret von möglichen Nachtfahrverboten für laute Güterwagen gesprochen wird, wird dem Nachtflugverbot explizit eine Absage erteilt. Somit knickt die Regierung vor der mächtigen Luftfahrtlobby erneut ein.

Die Große Koalition wendet den Blick von den Bedürfnissen der Menschen bei fast allen formulierten Vorhaben **ab, Klimaschutzziele geraten in den Hintergrund.** Für wichtige zukunftsrelevante Themen wie den Bundesverkehrswegeplan blieb bei den Koalitionsverhandlungen zu wenig Zeit und intellektuelle Kapazität. Die Passage zum **Bundesverkehrswegeplan** enthält lediglich akzeptable, aber bekannte Lyrik - eine Wundertüte für möglichst viele Projekte. Erhalt der Infrastruktur vor Neubau lautet die Devise, doch gleichzeitig besteht weiterhin die Möglichkeit einer Mittelverschiebung in den Neubau.

Status Quo auch bei einem der großen Ziele der Verkehrswende - der Entwicklung der **Elektromobilität.** Zwar hält die Koalition weiterhin an dem Ziel von einer Million Elektroautos bis 2020 fest. Doch diese Zahl ist schon heute unrealistisch, denn nur mit „weichen Maßnahmen“ wie Plakette, Parkprivileg und Ausbau der Ladeinfrastruktur wird sie nicht erreicht. Unterstützende Instrumente wie Tempolimits, Anlastung der Kosten für den CO₂-Ausstoß, höhere Kraftstoffsteuern, Einsatz für die Weiterentwicklung der CO₂-Grenzwerte können die Verkehrswende voranbringen. Im Koalitionsvertrag fehlen diese Instrumente jedoch gänzlich.

Im Bereich **Verkehrssicherheit** gehen die Koalitionspartner keinen Schritt vorwärts. Obwohl Geschwindigkeit und Alkohol die Hauptunfallursachen in Deutschland sind, bleiben Tempolimits und eine Absenkung der Promillegrenze für Auto- und Fahrradfahrende weiterhin Tabu – auch in den nächsten vier Jahren. Die Große Koalition bleibt ebenfalls bei der Förderung des Fahrradverkehrs hinter den Erwartungen zurück. Zwar will sie ihn steigern, stärken und ausbauen, aber ohne konkrete Zielvorgaben fest zu schreiben. Es ist somit unklar, ob das bereits wenig ambitionierte Ziel von

bundesweit 15 Prozent Radfahranteil bis 2020 erreichbar ist. Erst recht wenn es bei der Kürzung der Mittel für den Bau von Radwegen an Bundesstraßen bleibt.

Schließlich die Luftreinhaltung: Hier ist positiv zu bewerten, dass die Förderung der Nachrüstung von Pkw und leichten Nutzfahrzeugen mit Partikelfiltern im Vertrag enthalten ist. Was fehlt, ist ein umfassendes Konzept zur Luftreinhaltung, das auch Busse, Schienenfahrzeuge, Baumaschinen und Schiffe einbezieht.

Fazit des ökologischen Verkehrsclubs VCD: Der beschlossene Koalitionsvertrag soll Grundstock für die Politik der nächsten vier Jahre sein. Er ist leider zu wenig ambitioniert und oft zu unkonkret. Jetzt müssen daher die Absichtserklärungen in konkrete Politik umgeformt werden. Dann sind auch Nachsteuerungen und Korrekturen möglich.

Das Positionspapier des ökologischen Verkehrsclubs VCD zur Bundestagswahl können Sie nachlesen unter: <http://bit.ly/1ezNbTP>